

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 66 (1995)
Heft: 10

Rubrik: Nachrichten : Jubiläen : Pressespiegel : Gesundheitserziehung :
Pressekonferenz in Bern : kostengünstige Dienstleistung : Ausstellung
in Oensingen : aus den Kantonen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

10 Jahre Beschäftigungs- und Wohnheim Dychrain, Münchenstein

ZUKUNFTSPROBLEME ALS HERAUSFORDERUNG BETRACHTEN

Am 1. Januar 1995 wurde das Beschäftigungs- und Wohnheim Dychrain zehn Jahre alt. Dieses kleine Jubiläum feierten wir Ende August zusammen mit unserem traditionellen Sommerfest.

Das Dychrain ist ein Beschäftigungs- und Wohnheim für cerebralbehinderte Jugendliche und Erwachsene. Cerebrale Lähmungen werden verursacht durch Störungen bei der Entwicklung des Gehirns vor, während oder kurz nach der Geburt. Die Störungen einer Hirnfunktion, welche die cerebralen Lähmungen verursachen, wirken sich nie ausschliesslich auf die Bewegungsfähigkeit aus. Das heisst, Betroffene können in ganz unterschiedlichem Ausmass auch in anderen Bereichen beeinträchtigt sein. Die Mehrfachbehinderungen haben meistens zur Folge, dass diese Menschen zusätzlich im seelischen, intellektuellen und nicht zuletzt im sozialen Bereich, also im Umgang mit anderen Menschen, unterschiedlich stark eingeschränkt sind und deshalb auf Hilfe angewiesen sind. Die Vielfältigkeit der Behinderungsformen bedeutet für jeden einzelnen Betroffenen eine individuelle Betreuungs- und Therapieform. Ebenso ist ein hohes Mass an Zusammenarbeit von Eltern, Therapeuten, Betreuern und Ärzten nötig, damit die möglichen Therapieformen einen optimalen Erfolg bewirken können.

Entstehungsgeschichte

In den siebziger Jahren wurde einer Gruppe betroffener Eltern klar, dass es für Cerebralbehinderte spezielle Einrichtungen und Institutionen braucht und dass es solche Institutionen in Basel und Um-

gebung nicht gibt. Auf Initiative dieser betroffenen Eltern wurde dann im September 1978 von der C.-Barell-Stiftung, der Regionalgruppe Basel der Schweizerischen Vereinigungen zugunsten cerebralgelähmter Kinder und der Stiftung für cerebral Gelähmte die Stiftung «Beschäftigungs- und Wohnheim für Cerebralgelähmte» gegründet.

Zweck dieser Stiftung war und ist, ein Beschäftigungs- und Wohnheim für cerebralgelähmte Jugendliche und Erwachsene zu erstellen und zu unterhalten. Es folgten unzählige Besichtigungen von möglichen Immobilien und noch viel mehr Besprechungen über die jeweilige Eignung und Realisierbarkeit der einzelnen Objekte. Dass letztendlich alle Möglichkeiten scheiterten, lag vor allem an den hohen Umbaukosten. Besonders die Schaffung der unabdingbar nötigen Rollstuhlgängigkeit der Häuser und der näheren Umgebung hätte riesige Summen verschlungen.

Schliesslich entschied sich die Stiftung, in Münchenstein, auf einem Grundstück der Christoph-Merian-Stiftung, ein neues Heim, speziell angepasst an die Bedürfnisse von Cerebralgelähmten, zu bauen. So entstand das Beschäftigungs- und Wohnheim Dychrain, welches 1984 fertig gebaut wurde und im Januar 1985 seine offizielle Eröffnung feierte.

Das Beschäftigungs- und Wohnheim Dychrain heute

Das Beschäftigungs- und Wohnheim ist politisch und konfessionell neutral. Es bietet jugendlichen und erwachsenen Behinderten beiderlei Geschlechts, denen die Schwere der Behinderung keine Eingliederung ins normale Arbeitsleben ermöglicht, ein Zuhause mit Geborgenheit und Lebensqualität sowie einen Arbeitsbereich, der auch das Kreativ-Musische betont.

Die Betreuung tagsüber und die Nachtwachenpräsenz wird unbefristet während des ganzen Jahres angeboten und beinhaltet pädagogische, pflegerische, medizinische und häusliche Aufgaben.

Das vielfältige Beschäftigungsangebot erstreckt sich auf: Weben, Holzwerkstatt, Tonen, Stoffarbeiten, Malen, Turnen, Schwimmen, Reiten, Rhythmik, Singen, Unterricht in Geographie, Lesen, Schreiben, Rechnen, Seriearbeit (einfache, industrielle Arbeiten, wie: Verpacken, Zusammenstecken, Sortieren usw.) und noch einiges mehr.

Ziel all dieser Aufgaben ist es, die Betreuten in ihrer Selbständigkeit zu fördern und ihre bisher erworbenen Fähigkeiten zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln, sofern dies möglich ist. Ebenfalls sollen die Fähigkeiten zur Selbstbestimmung so wenig wie möglich eingeschränkt werden.

Eine weitere konzeptionelle Grundlage des Dychrains ist





- Ausstattung neuer Therapieräume;
- grundsätzliche Meinungsunterschiede über: Therapie- und Förderformen, Familienleben/-regeln, Erziehungsstile usw.;
- kein Heim kann den Behinderten ein «normales» Familien- und Arbeitsleben gleichwertig ersetzen;
- Besetzung der offenen Wohngruppenplätze mit selbständigeren Behinderten;
- Unmöglichkeit von Ausflügen, Spaziergängen usw., da zwei Betreuerinnen oder Betreuer oft mit drei bis vier Rollstuhlfahrerinnen oder Rollstuhlfahrern arbeiten;
- bei Ferienlagern ist der Bedarf an weiteren, rollstuhlgerechten Kleinbussen nur schwer zu organisieren;
- Neuorganisation durch den immer grösser werdenden Pflegeaufwand und Integration pensionierter Behinderteter.

das Normalisationsprinzip, nach welchem Behinderte möglichst wie normale (i.S.v. gesunde) Menschen behandelt werden sollen und nicht wie besondere Kreaturen.

Darum sind im «Dychrain»:

- Wohnen und Arbeiten räumlich und zeitlich getrennt;
- die Betreuungsteams im Wohnbereich und im Beschäftigungsbereich personell verschieden;
- haben Bewohnerinnen und Bewohner und extern Betreute regelmässig Ferien und gehen in Ferienlager im In- und Ausland;
- werden Feiertage, Feste und andere Anlässe bewusst gestaltet und erlebt;
- gibt es Gästebetten für behinderte Feriengäste und befristete Notaufnahmen;
- alle Wohngruppen von den Behinderungsgraden (selbständigere und betreuungsintensivere Personen) und vom Alter her gemischt;
- regelmässige Arbeitszeiten für die Betreuten (Montag bis Freitag, 10 bis 12 Uhr und 14 bis 17 Uhr).



wie Reinigung, Lingerie, Küche, Abwart, Gärtner, medizinische Leitung, Verwaltung und die Kommissionen. Das gute Arbeitsklima, das sich die Angestellten, die Betreuten und die Eltern in den

zehn Jahren im «Dychrain» erarbeitet haben, zeigt, dass von allen Beteiligten sehr gut und professionell gearbeitet wurde und wird. Sehr positiv auf die Arbeit wirkt sich natürlich auch die vollständig behinderten- und rollstuhlgerichte, freundliche Bauweise und Ausstattung der Gebäude und der Aussenanlagen aus sowie die unmittelbare Nähe der «Grün 80».

Probleme

Trotz den vielen positiven Aspekten im «Dychrain» gibt es natürlich auch hier Probleme:

- Personalfindung für die spezifischen und schwierigen Aufgaben;

Natürlich ist dies nur ein Auszug unserer täglichen Sorgen. Wir sind uns der Arbeit und der Verantwortung, die bei der Lösung der Probleme auf uns alle zukommt, bewusst. Aber die personellen und organisatorischen Voraussetzungen sind so gut, dass wir die Zukunftsprobleme eher als Herausforderung und nicht als Belastung betrachten. Ganz nach dem Motto: «Es gibt viel zu tun ...» ■



Um all diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht es gut ausgebildetes und motiviertes Personal, das gleichermaßen Eigeninitiative und Mehrheitsentscheide verantwortlich mittragen kann und dem ein gutes Betriebsklima wichtig ist. Dies gilt auch für die unterstützenden Dienste,

Interview als Antwort auf den Artikel «Zur heimlichen Unheimlichkeit von Heimen»*

KOSTENDRUCK, NICHT KRITIK MACHT ZU SCHAFFEN

Von Katharina Matter, «Der Bund», Bern

Dem Aufbau und der Pflege der Beziehungsfähigkeit werde in Erziehungsheimen heute sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet, wehrt sich Christian Bärtschi, selbst langjähriger Heimleiter des Berner Weissenheims und seit vier Jahren Geschäftsführer des Heimverbandes Schweiz, Sektion Bern.

«Bund»: Warum wurde der Beitrag von Emil E. Kobi nicht in die Festschrift des Heimverbandes aufgenommen?

Christian Bärtschi: Nicht weil er zu kritisch war, wurde er zurückgewiesen. Im Sinne einer Zukunftsschau waren kritische Auseinandersetzungen durchaus erwünscht. Der einzige Grund liegt darin, dass der Beitrag Kobi mit Wortschöpfungen und Fachausdrücken voll und darum sehr schwierig geschrieben ist. Unserem Publikum, das auch aus Laien besteht, hätten wir einen solchen Beitrag nicht zumuten können. Wer nicht vom Fach ist, braucht ein psychologisches Lexikon, um ihn zu verstehen.

«Bund»: Kobi wirft den Heimverantwortlichen vor, sie würden Menschen in erster Linie verwalten und die Beziehungsebene vernachlässigen.

Christian Bärtschi: Ich denke, dass Kobi über das Vehikel Heime in erster Linie eine Gesellschaftskritik formuliert. Sein Beitrag ist denn auch in einem gewissen Sinn eine Art Rundumschlag gegen alles: die Gesellschaft, die Eltern, die Lehrer, die Heime – generell gegen die ganze Sozialpolitik. Die Besprechung von Pirmin Schilliger empfinde ich darum als missverständlich, weil sie allein auf die Heime abzielt. Doch zurück zum Vorwurf, wie er in Ihrer Frage angesprochen wird. Die Heim-

verantwortlichen reagieren heute auf solche und ähnliche Vorwürfe sehr sensibel. Nicht weil wir meinen, sie seien in keiner Weise gerechtfertigt, aber niemand spricht beispielsweise davon, wie die Kinder in die Heime kommen. Man spricht heute allzugen von «Heimkarrieren» und geht nicht auf die lange Vorgeschichte des Heimeintritts ein. Sehr oft sind die Kinder schon schwer beziehungsge-stört, wenn sie in ein Heim eintreten. Es ist dann sehr aufwendig, die Beziehungsfähigkeit wieder herzustellen. Bei Kindern im Alter zwischen acht und sechzehn Jahren ist das etwas vom Schwierigsten.

Zudem gibt es kein Thema, an dem die Heimverantwortlichen in den letzten Jahren intensiver gearbeitet haben als am Thema Beziehung. Ganz systematisch wurde und wird versucht, Kinder beziehungs-fähiger zu machen. Die Schwierigkeit dabei waren in den achtziger Jahren die oft starken Personalwechsel. Sie haben natürlich je nachdem tragfähige Beziehungen ver-hindert.

Heute besteht die Gefahr, dass seitens der Behörden mehr Manager als Pädagogen verlangt werden.

«Bund»: Ist dieser Anspruch eine Folge des zunehmenden Kostendrucks?

Christian Bärtschi: Ja. Wenn man die Heime zu marktwirtschaftlichen Gebilden umfunktionieren will, ist das eine bedenkliche Entwicklung. Solange wir aber in den Heimen Pädagogen haben,

die verantwortlich sind, kommt die Pflege der Beziehungen nicht zu kurz.

«Bund»: Seit wann sind Sie mit Forderungen nach mehr Marktwirtschaft konfrontiert?

Christian Bärtschi: Seit Jahren steht sie im Raum. Die kantonale Fürsorgedirektion allerdings hat bisher sehr viel Verständnis für unsere Situation gezeigt. Gleichzeitig gerät sie selbst immer mehr unter Druck. Wir kommen deshalb nicht darum herum, uns mit Sparmassnahmen zu befassen, was konkret heisst: Mehr Kinder oder behinderte Erwachsene sind in einer Gruppe zu betreuen. Diese Feststellung trifft übrigens auch auf die Altersheime zu.

«Bund»: Emil Kobi spricht sich auch für die vermehrte Betreuung ausserhalb von Heimen aus. Wie sieht die Situation im Kanton Bern aus?

Christian Bärtschi: Unsere Erziehungsheime waren noch vor zwanzig Jahren wesentlich grösser als heute. Alle Heime, die früher zwischen sechzig und achtzig Kinder aufnahmen, wurden redimensioniert. Heute werden in den Heimen zwischen zwanzig und dreissig Kinder betreut. Es bestehen demnach, im Unterschied zu Deutschland beispielsweise, doch schon relativ kleine Einheiten. Im weiteren arbeiten wir eng mit dem Verband der Kleininstitutionen und Grossfamilien zusammen. Diese Institutionen erachten wir durchaus als Alternative für die Betreuung in einem Heim. Es gibt immer wieder Kinder,

die nach einem zwei- bis drei-jährigen Heimaufenthalt in eine Grossfamilie wechseln. Die Zeit der Ressentiments zwischen diesen beiden Formen ist vorbei. Der Vorteil der Heime liegt heute unter anderem darin, dass sie Kontinuität wahren, während es bei Kleininstitutionen doch ab und zu vorkommt, dass sie sich vorzeitig auflösen.

«Bund»: Wie viele Kinder werden heute im Kanton Bern in Heimen und wie viele in Kleininstitutionen betreut?

Christian Bärtschi: In den Grossfamilien gibt es im Kanton Bern rund dreihundert Betreuungsplätze. In den Kinder- und Jugendheimen dagegen finden sich schätzungsweise an die tausend Betreute. Fast ebenso viele Heimplätze hat es für die erwachsenen Behinderten.

«Bund»: Führt die von Ihnen geschilderte Entwicklung dazu, dass die Heime zunehmend mit schweren Fällen konfrontiert werden, während leichtere Fälle in den Kleininstitutionen betreut werden?

Christian Bärtschi: Diese Entwicklung besteht. Das ist ein Problem für die Heime, denn einerseits sollten sie besser werden, andererseits haben sie es immer mit schwierigeren Fällen zu tun.

«Bund»: Was erachten Sie heute aus der Sicht des Geschäftsführers des Heimverbandes als vordringlichstes Problem für die Zukunft der Heime?

Christian Bärtschi: Am wichtigsten ist, dass wir nicht unter dem Druck der Finanzen Qualität abbauen müssen. Dabei spreche ich von der pädagogischen Qualität, die eben genau mit der diskutierte Beziehungspflege zu tun hat. ■

* Artikel «Der Alltag ist abhanden gekommen», Der Bund, 26. August 1995.

Abschlusstagung des Projektes Santé Jeunesse in Bern

GESUNDHEITSERZIEHUNG IN DER SCHULE

Was unternimmt die Schule im Bereich Gesundheitserziehung? Wir alle wissen, dass endlose Diaserien mit Raucherlungen den Zigarettenkonsum nicht senken. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) haben deshalb vor drei Jahren das Schulentwicklungsprojekt Santé Jeunesse eingerichtet.

Santé Jeunesse hatte den Auftrag, positive Beispiele und noch bestehende Lücken bei der Gesundheitsförderung und Prävention in der Schule aufzuzeigen. Eine wichtige Erkenntnis des Projektes heisst: Weg von der «Drohfingerpädagogik», dafür vermehrt Projekte fördern, welche einen Bezug zur lokalen Situation aufweisen. Damit werden die Lebensbedingungen von Schülerinnen und Schülern einbezogen, wie die beiden folgenden Beispiele zeigen:

Eine Klasse verfolgt den Weg eines Abfallcontainers von der Schule bis zur örtlichen Verbrennungsanlage; einige Jugendliche führen ein Interview mit einem Arbeiter durch; andere suchen mit Hilfe des Naturkundelehrers Zeitungsartikel zur getrennten Abfallverwertung; am Schluss schreibt die Klasse (im Deutschunterricht) einen Bericht und stellt diesen an einem Elternabend vor.

Eine andere Klasse entwickelt mit ihrer Sportlehrerin ein kleines Fitness-Programm und stellt in der Hauswirtschaft ein gesundes Zvierli zusammen; in den Genuss dieser Leistungen kommen die Bewohnerinnen und Bewohner des Altersheimes im Dorf.

Zum Abschluss von Santé Jeunesse fand am 28. September 1995 in der Uni Tobler in Bern eine Tagung statt, an welcher die Trägerinstitutionen ihre Erfahrungen auswerteten. Es ist noch offen, welche Fortsetzung Santé Jeunesse finden wird; einen Beitrag zur Zukunft des Themas Gesundheit in Schulen bot die Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Erziehungs- und Gesundheitswesen.

Gesundheit in Schulen

Die Schule stellt für die Umsetzung von Zielen der Gesundheitserziehung und der

Prävention einen nahezu idealen Ort dar: (fast) alle Menschen besuchen die Schule, und dies über Jahre und in einem Lebensabschnitt, in welchem sie lernfähig und für Neues offen sind. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Gesundheit als möglichst weitgehende Entfaltung des gesundheitlichen Potentials jedes Menschen in physischer, geistiger und sozialer Hinsicht. Dieser Gesundheitsbegriff umfasst viel mehr als die Abwesenheit von (physischen) Krankheiten. Somit sind beim Thema Gesundheit in Schulen nicht nur Ärztinnen und Ärzte angesprochen, sondern alle, die in der Schule tätig sind, Schülerinnen und Schüler, Abwarte und Sekretärinnen, insbesondere aber die Lehrerinnen und Lehrer. Die adäquate Methode zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen ist die Gesundheitserziehung. Bei ihrer Ver-

mittlung stehen die Lehrkräfte im Vordergrund, doch kommen mitunter auch Fachleuten aus medizinischen und sozialen Berufen wichtige Funktionen zu. Den möglichen Themen sind dabei fast keine Grenzen gesetzt: Aids- und Suchtprävention, Kariesprophylaxe oder die Einführung von Sitzbällen sind einige Beispiele, aber auch die freundlichere Gestaltung des Pausenplatzes oder die Einrichtung einer «Klagemauer» für die Schülerinnen und Schüler können zu einem besseren Schulklima und damit zu einer gesunden Schule beitragen. Als besonders geeignet haben sich projektorientierte Ansätze erwiesen, während sich eine auf individuelle Verhaltensänderungen abzielende «Drohfingerpädagogik» als wirkungslos oder gar kontraproduktiv herausgestellt hat.

Die Aktivitäten von Santé Jeunesse

Santé Jeunesse hat versucht, einen Überblick über die Situation der Gesundheitserziehung an den Schweizer Schulen zu gewinnen, Gesundheitsprojekte zu unterstützen, zu verbreiten sowie den Aus-

LEHRMITTELPREIS «BLAUER PLANET» 1996



Das Forum «Schule für eine Welt», der Dachverband der entwicklungs-

pädagogisch tätigen Organisationen der Schweiz, schreibt zum zweitenmal einen Lehrmittelpreis in der Höhe von

Fr. 10 000.–

aus. Damit sollen Lehrmittel ausgezeichnet werden, die «Globales Lernen» ermöglichen und unterstützen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Werke aus Ihrem Verlagsprogramm zur

Beurteilung einreichen würden. Dafür gelten folgende Bedingungen:

Bearbeitungsgebühr:

Fr. 150.–/Lehrmittel

Einreichfrist:

31. Dezember 1995

Preisverleihung:

Worlddidac 96 in Basel

(8.–11. Mai 1996)

Senden Sie Ihr/Ihre Lehrmittel mit dem Vermerk «Blauer Planet» bis Ende 1995 an

das Sekretariat des Forums «Schule für eine Welt». Nach Eingang der Lehrmittel erhalten Sie von uns eine Rechnung und damit die Bestätigung, dass Ihr/Ihre Lehrmittel beurteilt werden.

Für die Bestellung der Richtlinien des Lehrmittelpreises und für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an das Sekretariat des Forums «Schule für eine Welt», Aubrigstrasse 23, 8645 Jona, Tel./Fax 055/28 40 82.

tausch zwischen den in diesen Bereichen engagierten Personen und Institutionen zu erleichtern. Die wichtigsten Aktivitäten waren die Publikation eines Informationsbulletins, die Einrichtung einer Datenbank zum Thema Gesundheit in Schulen sowie die Durchführung von Tagungen für Lehrkräfte, an denen Projekte aus den Bereichen der Aidsprävention, der Suchtprävention und der Umwelt-erziehung vorgestellt wurden.

Ausserdem wurde Santé Jeunesse mit der nationalen Koordination des «Europäischen Netzwerkes Gesundheitsfördernder Schulen» (ENGs) betraut, eines gemeinsamen Projektes der Weltgesundheitsorganisation, des Europarates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Rund zehn Schulen aus allen Regionen der Schweiz konnten sich an diesem Projekt beteiligen; sie haben ihre Erfahrungen mit der Durchführung von Gesundheitsprojekten an regelmässigen Treffen ausgetauscht und erhielten zudem Gelegenheit, sich an internationalen Seminaren weiterzubilden.

Die Mitarbeit in Gremien wie der Eidgenössischen Kommission für Aidsfragen oder der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung sowie die Publikation von Artikeln in Lehrerzeitschriften waren weitere Schwerpunkte von Santé Jeunesse.

Erkenntnisse nach drei Jahren Santé Jeunesse

Die wichtigsten Erkenntnisse des Projektes Santé Jeunesse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die in Schulprojekten aktiven Lehrkräfte sind oftmals Einzelkämpferinnen und -kämpfer und werden in ihrer Umgebung zuwenig unterstützt, was der notwendigen Kontinuität äusserst abträglich ist. Noch finden viele Aktivitäten zu isoliert statt. Immer wieder wird mit grossem Energieaufwand das Rad neu erfunden, währenddem schon bestehende, interes-

Tagung
der SGSG/SM Soziale
Medizin.

Samstag, 4. Nov. 1995,
Basel

Zentrum für Lehre und Forschung

Einwanderung und Flucht

ÜBERLEBEN – LEBEN – ZUSAMMENLEBEN

Handlungsmöglichkeiten
im Gesundheits-
und Sozialwesen

Schweizerische Gesellschaft für
ein soziales Gesundheitswesen
(SGSG)/SM
Soziale Medizin
Postfach, 4007 Basel,
Tel./Fax 061 691 13 32

sante Projekte zuwenig
Verbreitung finden.

- Obwohl in den letzten Jahren in der Lehrerbildung unbestritten wichtige Entwicklungen in Richtung projektorientiertes Arbeiten stattgefunden haben, scheinen sich viele in der Praxis stehende Lehrkräfte in dieser Hinsicht ungenügend vorbereitet zu fühlen. Vielleicht müsste auch den Anforderungen in bezug auf Teamarbeit noch vermehrt Rechnung getragen werden.
- Neue Herausforderungen im Bereich der Gesundheits-erziehung (z. B. Aids-Prävention, Behandlung von Suchtfragen) werden an die Schule herangetragen, ohne dass in der Regel anderswo ein Abbau vorgenommen wird. Manchmal können Projekte zudem nicht einfach in den vorgegebenen Stoffplan integriert werden, sondern finden zusätzlich statt. Dies kann zu einer zeitlichen Überlastung aller Beteiligten führen. Oft ist dann das relativ rasche Abhandeln einiger verhaltens-

WERBUNG UND SPONSORING IM HEIM

Das Alters- und Pflegeheim Johanniter ist eine Ökumenische Stiftung. Unter der Leitung von Werner Bürgin werden rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 124 Pensionärinnen und Pensionäre beschäftigt.

Die Heimleitung realisiert in kürzester Zeit das Projekt «Werbung und Sponsoring im Heim», welches der Leiter der Hauswirtschaft und Technik, Franco Bucher, während seiner Kaderausbildung erarbeitet hat.

Ziel des Projekts war, ein Konzept zu finden, mit dem Lieferanten, Kunden und Quartiergeschäfte überzeugt werden konnten, das Johanniter finanziell zu unterstützen. Als Gegenleistung dürfen die Sponsoren im «Johanniter» mit ihren

Firmenlogos werben. Die potentiellen Sponsoren werben nun mit Ihren Logos unter anderem im Jahresbericht, auf einer Werbe-(Referenz-)Tafel in der Eingangshalle usw. und als Pilotversuch auf der Berufskleidung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das so erwirtschaftete Geld wird ausschliesslich für nicht budgetierbare Aufwände zugunsten der Pensionärinnen und Pensionäre, wie zum Beispiel Ausflüge, Ferien für Pensionäre, Konzerte, Film- und oder Diavorträge usw. eingesetzt.

Dank des Engagements aller Beteiligten kann sicher von einem Erfolg gesprochen werden.

Im APH Johanniter zählt der Leitsatz: *Werbung und Sponsoring hilft allen.* ■

orientierter Massnahmen die einzige Umsetzung von Gesundheitsthemen in der Schule; der Schritt zu einer verhältnisorientierten Prävention, welche die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen miteinbezieht, wird dadurch erschwert.

Rückblick: was bleibt?

Wie sieht nun die Bilanz nach drei Jahren aus? Einerseits sind die obenerwähnten inhaltlichen Erkenntnisse zu nennen; andererseits liegen dank der Begleitevaluation, der das Projekt Santé Jeunesse unterzogen wurde, auch Ergebnisse vor, die sich auf die Art und Weise beziehen, in welcher das Projekt geplant und durchgeführt wurde. Vor allem ist festzuhalten, dass drei Jahre Projektdauer zu kurz waren, um die Aufnahmefähigkeit des Systems Schule in ausreichendem Masse und landesweit zu sensibilisieren. Auch die – unabdingliche – Zusammenarbeit zwischen Erziehungs- und Gesundheitswesen hat sich als nicht einfach erwiesen; nicht

immer ist die Verständigung zwischen diesen beiden unterschiedlichen «Verwaltungskulturen» gelungen. Als grösstes Defizit muss rückblickend die zentralistische Projektanlage gesehen werden; zu mannigfaltig sind die kantonalen Ansätze, zu wenig konnte eine Präsenz im Schulalltag realisiert werden.

Blick in die Zukunft

Das Bundesamt für Gesundheitswesen und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren prüfen gegenwärtig Möglichkeiten für ein Folgeprojekt, das den genannten Mängeln Rechnung trägt: Diskutiert wird eine bedürfnisorientierte, adressatenbezogene Projektanlage auf Stufe Region bei längerer Laufzeit.

Kontaktadresse:
Santé Jeunesse/IRDP
Simone Gretler Bonanomi
Fbg de l'Hôpital 43
C.P. 54
2007 Neuchâtel

Tel.: 038-25 22 40
Fax: 038-25 08 21 ■

Bildungsindikatoren Schweiz – Bildungssystem(e) Schweiz im Wandel

STAGNIERENDE FINANZEN – HÖHERE BILDUNGSNACHFRAGE

Das schweizerische Bildungssystem sieht sich mit stagnierenden finanziellen Mitteln konfrontiert. Die Nachfrage nach Bildung und das Bildungsniveau der schweizerischen Bevölkerung steigen, zunehmend werden längere und anspruchsvollere Ausbildungen erfolgreich abgeschlossen. Die Berufsbildung ist unter Druck geraten. Dies sind einige Resultate der zweiten Publikation über Bildungsindikatoren, welche das Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erarbeitet hat.

49 Indikatoren beschreiben den Zustand des schweizerischen Bildungssystems und berücksichtigen erstmals die zeitliche Dimension (seit 1980). Wie ihre Vorläuferin (von 1993), zeigt die soeben erschienene Publikation kantonale oder regionale Unterschiede. Gleichzeitig ermittelt sie die Position des schweizerischen Bildungswesens im internationalen Vergleich.

Die «Bildungsindikatoren Schweiz» sind ein nationales Nachfolgeprojekt des 1987 von der OECD lancierten internationalen Bildungsindikatorenprojekts INES (International Indicators of the Educational System). An dessen Entwicklung hat sich die Schweiz unter Federführung des Bundesamtes für Statistik massgeblich beteiligt.

Bildungsfinanzen stagnieren

Im internationalen Vergleich bewegen sich die schweizerischen Bildungsausgaben auf einem hohen Niveau. 1992 gab die Schweiz (das heisst: Bund, Kantone und Gemeinden) knapp 6 Prozent oder 19,9 Milliarden Franken ihres – sehr hohen – Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus (1980: 5,4 Prozent oder 9,1 Milliarden Franken).

Die 18,1 Milliarden Franken, welche Kantone und Gemeinden 1992 für Bildung ausgaben, entsprachen immer noch dem gleichen Anteil der kantonalen Volkseinkommen (6 Prozent) und dem gleichen Anteil ihrer gesamten öffentli-

chen Ausgaben (24 Prozent) wie 1980. Zusammen mit der abflauenden Wirtschaftsentwicklung und einem nicht mehr wachsenden Bruttoinlandsprodukt Ende der achtziger Jahre deutet dies darauf hin, dass dem Bildungswesen stagnierende Finanzen zur Verfügung stehen.

Ein Blick auf ein weiteres indirektes Mass – die durchschnittliche Klassengrösse in der obligatorischen Schule – lässt sogar eher auf eine Verknappung der finanziellen Mittel schliessen. Aus pädagogischen Gründen und den kleiner werdenden Schülerzahlen nahm die Klassengrösse in den achtziger Jahren vorerst ab. Der erneute Anstieg muss neben der wieder leicht steigenden Schülerzahl auch mit den Sparanstrengungen von Kantonen und Gemeinden begründet werden. Indem sie Klassen vergrösserten oder zusammenlegten, konnten sie andere schliessen und ihre Schulbudgets entlasten.

Im Jahresmittel (1990, 1991 und 1992) gaben die Kantone für eine Schülerin oder einen Schüler der obligatorischen Schule 11 400 Franken pro Jahr aus. Die Variation zwischen den Kantonen ist allerdings beträchtlich, die beiden Extremwerte stehen beinahe im Verhältnis 2:1 (Genf 16 800 Franken, Uri 8 700 Franken). In diesen Zahlen schlagen sich jedoch unterschiedliche Strukturen und Organisationen des Schulsystems oder auch Zusammensetzung und Sied-

lungsdichte der Bevölkerung nieder.

Steigende Bildungsnachfrage – steigender Bildungsstand

Trotzdem die finanziellen Rahmenbedingungen eher stabilisierend wirkten, lassen sich in den letzten Jahren einige bemerkenswerte Änderungen im schweizerischen Bildungswesen feststellen. Die Bildungsnachfrage ist während der beobachteten Periode generell angestiegen und verlagerte sich zusehends zu länger dauernden, anspruchsvolleren Ausbildungen.

Dieser Trend ist schon bei den Allerjüngsten im Bildungssystem feststellbar. 1993 verbrachte ein Kind im Durchschnitt 1,8 Jahre im Kindergarten. Dreizehn Jahre früher waren es noch 1,6 Jahre. Die kantonalen Unterschiede in bezug auf das Angebot und dessen Ausbau sind beträchtlich. Die Inner- und Neuenburger Kantone wiesen immer noch die tiefen Werte auf, die sie schon 1980 hatten (1,2 bis 1,5 Jahre).

Die ersten Weichen für zunehmend längere und anspruchsvollere Schullaufbahnen der Kinder werden während der obligatorischen Schule gestellt. Auf der Sekundarstufe I haben Schulen, die leistungsmässig nur die grundlegenden Anforderungen stellen, rückläufige Schülerzahlen. Der Anteil ihrer Schülerinnen und Schüler nahm zwischen 1980 und

1993 um fünf Prozentpunkte ab (auf 31 Prozent).

Nicht im gleichen Mass können Kinder und Jugendliche aus einem fremden kulturellen Kontext von der Entwicklung profitieren, zunehmend längere und anspruchsvollere Ausbildung zu machen. In Schultypen für «schwächere» Schülerinnen und Schüler setzten sich die Schulklassen zwischen 1980 und 1993 kulturell immer vielfältiger zusammen. Nicht so aber die Schulklassen, in denen leistungsmässig höhere Ansprüche gestellt werden. Diese wurden von dieser Entwicklung nicht beeinflusst. Es scheint, dass die schulische Selektion für die ausländischen und fremdsprachigen Kinder in der beobachteten Zeit bedeutend härter geworden ist.

Auf der Sekundarstufe II nahm die Zahl der Abschlüsse bis 1988 zu. Seither sinkt der Anteil der Jugendlichen, die sich nach der obligatorischen Schule weiter ausbilden. Davon überhaupt nicht betroffen ist allerdings die Gruppe der allgemeinbildenden Ausbildungen. Seit Beginn der Beobachtungsphase 1980 weisen diese Ausbildungsgänge kontinuierlich steigende Schülerzahlen auf, in den letzten Jahren sogar eine eigentliche Expansion: Seit 1980 (11 Prozent) stieg die Maturitätsquote der Jugendlichen stetig an und lag 1993 bei 16 Prozent. In den nächsten Jahren dürfte diese Entwicklung sehr wahrscheinlich so weitergehen. Die lateinische Schweiz weist höhere Maturitätsquoten auf als die Deutschschweiz. Das war 1980 (14 Prozent vs. 9 Prozent) und auch 1993 (22 Prozent vs. 13 Prozent) so, der Unterschied hat sich aber noch vergrössert.

Ebenfalls einen beachtlichen Zuwachs verzeichnete die tertiäre Bildungsstufe.

1993 haben etwa 24 Prozent der jungen Erwachsenen (23–29-jährige) eine höhere Berufsausbildung abgeschlossen und etwas weniger als 7 Prozent (der 27-jährigen) an einer Hochschule ihr Diplom oder Lizentiat erhalten. In der Deutschschweiz ziehen die Lernenden überdurchschnittlich die höhere Berufsausbildung vor, in der Romandie und im Tessin bevorzugen sie überdurchschnittlich die Hochschulen.

Kaum erstaunlich ist so, dass der Bildungsstand, den die verschiedenen Generationen während der letzten Jahrzehnte erreichten, generell anstieg. Vier von zehn Rentnerinnen und Rentnern hatten in ihrer Jugend nach der obligatorischen Schulzeit keine weitere Ausbildung abgeschlossen. Bei den heutigen jungen Erwachsenen gibt sich nur noch jede achte Person damit zufrieden. Und knapp doppelt so hoch wie noch vor 40 Jahren ist heute der Anteil der Personen, die eine Tertiärbildung abschliessen.

Bildung, Wirtschaft und Arbeitsleben

Die zunehmende Tendenz, eine allgemeine Ausbildung zu wählen, geht auf Kosten der traditionellen Berufsausbildung. Nach einer lang andauernden Ausbauphase sind seit 1988 erstmals rückläufige Abschlusszahlen festzustellen. Nur noch 65 Prozent der Zwanzigjährigen haben 1993 eine Berufslehre abgeschlossen (74 Prozent 1988). Vor allem in den Industriekantonen der Nordschweiz und im Wallis ist ein spürbarer Rückgang der Berufsabschlüsse feststellbar. Die Schülerinnen- und Schülerprognosen des Bundesamtes für Statistik lassen für die nächsten Jahre eine weitere Abnahme, allenfalls eine Stagnation, erwarten.

Dass die berufliche Grundausbildung immer weniger für das ganze (Berufs-)Leben reicht, zeigen auch die zunehmenden Abschlüsse der höheren Berufsausbildung.

Schon 1990 lag die durchschnittliche Bildungsdauer der

Beschäftigten im Industriesektor tiefer als derjenigen, welchen im Dienstleistungssektor arbeiteten. Die zunehmende Verlagerung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in den tertiären Sektor wird wahrscheinlich dazu beitragen, dass sich die schweizerische Wohnbevölkerung immer länger und anspruchsvoller ausbilden wird.

In ihrem späteren Arbeitsleben ist die Grundausbildung einer Person entscheidend, wie sie sich weiterbilden und -qualifizieren kann. Von den Erwerbstätigen, welche ein Diplom der tertiären Bildungstufe aufweisen, bildeten sich 1993 über die Hälfte beruflich weiter. Aus der Personengruppe mit einem tiefen Niveau der Grundausbildung waren es lediglich 16 Prozent. Das gleiche Muster wiederholt sich auch in den andern OECD-Ländern. Mit 38 Prozent teilnehmender Erwerbstätigen lag die Schweiz im internationalen Mittelfeld.

Die Bildung wirkt sich im Arbeitsleben sehr direkt aus. Je höher die Ausbildung einer Person ist, um so eher ist sie erwerbstätig und um so mehr verdient sie.

In der Schweiz sind die Erwerbstätigkeitsquoten im Vergleich zu den andern OECD-Mitgliedstaaten sehr hoch. Männer ohne nachobligatorische Ausbildung waren 1992 zu 91 Prozent erwerbstätig, diejenigen mit Tertiärababschluss zu 95 Prozent. Bei den Frauen nimmt die Erwerbstätigkeit deutlicher zu, von 38 Prozent ohne nachobligatorische Ausbildung zu 77 Prozent mit Tertiärababschluss.

Der Verdienst einer Person ist in der Schweiz – wie in allen OECD-Ländern und für beide Geschlechter – stark von ihrer Grundausbildung abhängig. 1993 betrug ein durchschnittliches Jahreseinkommen 68 000 Franken. Verfügt die Person über einen Hochschulabschluss, verdiente sie deutlich mehr (97 000 Franken). Weniger als die Hälfte davon wurde einer Person ausbezahlt, welche nur die obligatorische Schule abgeschlossen hat (46 000 Franken).

Bildung und Gleichstellung der Geschlechter

Einen grossen Beitrag an die zunehmende Bildungsnachfrage leisteten die Frauen. Auf allen nachobligatorischen Bildungsstufen – ausser der höheren Berufsausbildung – weisen sie überdurchschnittliche Wachstumszahlen bei der Bildungsteilnahme auf.

1980 haben erst 67 Prozent der jungen Frauen eine Ausbildung auf Sekundarstufe II abgeschlossen, 1990 waren es schon 83 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt lag die Abschlussquote der Männer schon seit einigen Jahren stabil bei etwas über 90 Prozent. 1993 schlossen gleich viele Frauen eine Maturitätsschule ab wie Männer (16 Prozent). Bis zur Jahrtausendwende werden es mehr Frauen als Männer sein. Beinahe verdoppelt hat sich zwischen 1980 und 1993 die Hochschulabschlussquote (von 3 auf 5 Prozent).

Die Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männern und die damit verbundenen Bevor- und Benachteiligungen im Bildungssystem können in einem einzigen Mass zusammengefasst werden (Gender Differences Index der OECD). Nach Altersgruppen aufgeschlüsselt, zeigt dieser Index für die Schweiz eine abnehmende Benachteiligung der Frauen. Auf der internationalen Rangliste liegt aber die Schweiz beinahe am Schluss – noch vor Australien und hinter der Türkei.

Eine höhere Ausbildung zahlt sich für Männer mehr aus als für Frauen. So verdiente 1993 ein Mann, der eine Berufslehre oder eine Matura abgeschlossen hat, im Durchschnitt 15 Prozent (730 Franken pro Monat) mehr als eine Frau, die sich erfolgreich weiter ausgebildet hat und nun ein Diplom der höheren Berufsausbildung vorweisen kann. Männer werden von ihren Arbeitgebern auch besser unterstützt, wenn sie sich beruflich weiterbilden wollen, als Frauen. Während die Männer nur ein Viertel (25 Prozent) dieser Kurse vollumfäng-

GLOSSAR

Primarstufe

Sie umfasst die ersten Jahre der obligatorischen Schulzeit und endet mit der leistungsmässigen Selektion der Schülerinnen und Schüler.

Sekundarstufe I

Sie setzt die Primarstufe fort bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit.

Sekundarstufe II

Sie bildet die erste Phase der nachobligatorischen Ausbildung. Sie umfasst alle berufsorientierten und allgemeinbildenden Ausbildungsgänge, die mehrere Fächer umfassen und mindestens ein Jahr dauern.

Tertiärstufe

Die Ausbildung auf der Tertiärstufe setzt eine abgeschlossene, mehrjährige Ausbildung auf der Sekundarstufe II voraus. Sie wird unterteilt in einen universitären Bereich (Abschluss mit akademischem Grad) und einen ausser-universitären Bereich (höhere Berufsausbildung, Abschluss ohne akademischen Grad, z. B. Diplom einer höheren Fachschule, Meisterdiplom usw.).

lich bezahlten und ihre Arbeitgeber für zwei Drittel (67 Prozent) der Kurse zumindest teilweise aufkamen, wurden erwerbstätige Frauen nur in jedem zweiten Fall finanziell unterstützt; fast zwei Fünftel (37 Prozent) der Kurse bezahlten sie aus der eigenen Tasche.

Auskunft:

Rolf Lischer, BFS, Abteilung Gesellschaft und Bildung, Tel. 031 322 8784.

Neuerscheinung:

Bildungsindikatoren Schweiz – Bildungssystem(e) Schweiz im Wandel, Nr. 027-9500, Bern 1995. ■

AUSFLUG MIT DEM SPEZIALCAR DES SCHWEIZERISCHEN ROTEN KREUZES



Die Dienstleistung des Spezialcars des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) besteht seit 1965. Seit 1995 besitzt das SRK noch einen Spezialcar, der via SRK-Sektionen für die Heime und die übrigen Benutzergruppen in der ganzen Schweiz eingesetzt wird.

Das SRK möchte möglichst vielen behinderten und betagten Mitmenschen, die kaum ein anderes Transportmittel benutzen können, eine Abwechslung bieten, und sie wenigstens einmal im Jahr an einem Ausflug teilhaben lassen.

Der Autocar ist mit einer speziellen Hebevorrichtung ausgerüstet, welche es vorallem den Rollstuhlpassagieren ermöglicht, eine Fahrt in ihrem eigenen Rollstuhl mitzumachen, und den Behinderten und Betagten das Ein- und Aussteigen wesentlich erleichtert. Im weiteren führt der Car zwei zusammenlegbare Reserverollstühle mit, und verfügt über dreissig Plätze: zwanzig Plätze mobil für Rollstühle oder gewöhnliche Sitze und zehn Plätze fest. Es ist das Bestreben des SRK, den Carbe-

trieb möglichst kostengünstig abzuwickeln und teure Leerkilometer zu vermeiden. Deshalb werden die Ausflüge in der selben Region hintereinander durchgeführt. Dies bedeutet, dass der Chauffeur mit seinem Car mehrere Tage in einer bestimmten Gegend bleibt und nicht jeden Abend an seinen Wohnort resp. nach Bern zurückkehrt. Der Mindestbetrag für einen Tagesausflug beträgt für die Benutzergruppe Fr. 400.– oder Fr. 300.– für einen Nachmittagsausflug.

Frau Schrimpf, Geschäftsführerin der Geschäftsstelle des SRK Graubünden, hatte zum Beispiel den 1. August für das Kinderpflege- und Wohnheim Scalottas reserviert. Es war die Absicht, den Ausflug während der Sommerferien zu planen, um den «Daheimgebliebenen» ein spezielles Angebot zu machen. Fünfzehn behinderte Kinder und Erwachsene im Rollstuhl, oder in der Gehfähigkeit stark eingeschränkt, konnten mit vierzehn Begleitpersonen an diesem Ausflug teilnehmen. Ziel des Ausfluges war der Rheinfall, genauer das Panorama-Restaurant Schlössli-Wörth in Neuhausen. Für alle Teilnehmer war es ein erlebnisreicher Ausflug und eine willkommene Abwechslung zum Heimalltag. Die Auswahl der Route für die Rückfahrt überliessen wir dem Chauffeur. Er führte uns durch die wunderschöne Gegend dem Bodensee entlang, via Kreuzlingen, Romanshorn nach Scharans. Müde, aber sehr zufrieden kehrten wir nach Scharans zurück, wo uns die Küchenmannschaft mit dem 1.-August-Grill-Plausch erwartete. Wir sind jetzt schon sehr gespannt, wo die nächste Reise hinführen wird. ■

Ausstellung

SPIELZEUG: SPIEGELBILD DER KULTURGESCHICHTE

Im Zentrum Mistelberg bei Wynigen findet eine grosse Spielzeugausstellung statt. Bis 10. Dezember 1995 werden Spielzeuge und ihre Geschichte gezeigt. In einem Querschnitt durch die Jahrhunderte vom Altertum bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts sind Kinderspielzeuge aller Arten und Formen zu sehen und zu bestaunen. Gros-

se Puppenhäuser, schöne alte Puppen, Figuren und Teddybären sind zu bewundern sowie auch Eisenbahnen, Autos, Roller und andere mechanische Raritäten der Früh- und Neuzeit.

Viele Aktionen für Kinder

Die Ausstellung bietet gerade für Kinder einiges an Aktivität.

Filme und Kasperltheater sowie Geschichten und vieles mehr bereichern den Besuch für jung und alt. Bereits bei der Anreise von Wynigen bietet sich für Familien und Gruppen die Begehung des markierten Spielwanderwegs an.

Für nicht motorisierte Besucher: Busdienst beim Bahnhof Wynigen ab 14.30 Uhr,

Rückfahrt um 17 Uhr. Diese für die Schweiz wohl einmalige Spielzeugausstellung ist nur sonntags von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Interessierte Gruppen und Schulen können auch während der Woche nach Voranmeldung die Ausstellung besuchen. Telefon Ausstellung: 034 55 22 57 oder privat: 034 55 16 15.

«WER IST DENN DA BEHINDERT?»

Eine ungewöhnliche Cartoons-Ausstellung ist vom 7. bis und mit 11. November 1995 in der Exma, der Hilfsmittelausstellung der SAHB in Oensingen zu sehen. Bekannte Schweizer Cartoonisten haben die Idee zu Papier gebracht, wie behinderte Menschen oft Gedankenlosigkeit und Unwissenheit der Nichtbehinderten erleben. Anlass für die Ausstellung ist das Jubiläum «75 Jahre Schweizerische Vereinigung Pro Infirmis».

Die bekanntesten Cartoonisten der Schweiz, wie zum Beispiel *Peter Hürzeler*, *Hanspeter Wyss* und *Christoph Bledermann*, haben mit spitzer Feder umgesetzt, was Menschen mit verschiedenen Behinderungen aus ihrem Alltag erzählt haben. In der ganzen Schweiz wurden Interviews mit behinderten Menschen durchgeführt. Es ent-

standen eindrucksvolle Erlebnisberichte, die den Cartoons gegenübergestellt sind: wie behinderte Menschen ihr Leben meistern, das durch Unverständnis und Diskriminierung zusätzlich behindert wird. Nicht selten geraten sie durch das unbeholfene Verhalten ihrer «nichtbehinderten» Mitmenschen in wirklich komische Situationen.

Die SAHB ist eine Non-Profit-Organisation im Behindertenbereich. Körperlich behinderte Menschen und ihre Angehörigen werden durch sie beraten. Das Dienstleistungsangebot umfasst die Exma in Oensingen, eine ganzjährig geöffnete Hilfsmittelausstellung sowie Beratungsstellen und Werkstätten für Hilfsmittelreparaturen in

allen Regionen der Schweiz. Die Beratungen für Behinderte und deren Angehörige wie der Eintritt für die Exma sind kostenlos.

«Wer ist denn da behindert?» ist eine Ausstellung zum Nachdenken und zum Schmunzeln. Den Besucherinnen und Besuchern wird auf humorvolle Weise ein Spiegel vorgehalten, um das eigene Verhalten zu überdenken.

Die Ausstellung «Wer ist denn da behindert?» ist vom 7. bis und mit 11. November 1995 in der Exma, Oensingen, zu sehen. Öffnungszeiten: Di bis Sa 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist gratis. ■

Qualität in der Reinigung hat einen Namen: amberg hospach ag

Professionelle Reinigung mit Qualitätssicherung nach EN ISO 9001.

Verwaltung: 8953 Dietikon, Kanalstrasse 6, Telefon 01/740 47 67, Fax 01/741 11 67

Niederlassungen: Aarau, Andwil TG, Basel, Dietikon, Luzern, Rickenbach SO, Schaffhausen, Schattdorf UR, Winterthur, Vaduz FL und Zürich



Liko

Mehr Unabhängigkeit und Sicherheit:

Das einzigartige Transfer- und Hebekonzept von Liko berücksichtigt die individuellen Behinderungsarten der Patienten und die Bedürfnisse des Pflegepersonals.

– mit **Golvo** oder **LikoRoll** –

Wir beraten Sie gerne:

Liko-Care AG, 4124 Schönenbuch

Tel.: 061/482 22 22

Liko-Care SA, 1030 Bussigny

Tél.: 021/701 57 77



In der Rubrik «Aus den Kantonen» werden Meldungen der Tagespresse ausgewertet, die das Schweizerische Heimwesen betreffen. Die Grundlage für diese Auswertung bildet der Presseauschnittsdienst «Argus».

Redaktionelle Betreuung:
Johannes Gerber

AUFGEFALLEN- AUFGEPICKT

Pflegeheimtaxen auf Abwegen

Der Kanton Baselstadt rühmt sich eines neuen Vertrages mit den Alters- und Pflegeheimen. Das Baselbieter Pflegesystem wird als Beispiel aufgeführt. Das Bedarfsbewertungssystem erlaube eine transparente und einheitliche Beurteilung der Betagten sowie eine bedarfsgerechte Taxeinstufung. Im Kanton Baselland wurde das BAK-Pflegebewertungssystem erst auf provisorischer Basis ab dem 1. April 1991 eingeführt. BAK ist die Abkürzung für Bedarf, Arbeit, Kosten. Es handelt sich um einen Leitfaden von 1985/86, welcher in verschiedenen Heimen teils übernommen oder in abgeänderter Form in Kraft getreten ist. Beurteilt bzw. eingestuft durch das Pflegepersonal in Verbindung mit dem behandelnden Arzt, enthält das System die folgenden Prüfungspunkte: Gehfähigkeit, Ernährung, Zimmer/Wohnung, Grundpflege und Hygiene, Behandlungspflege, Kommunikation, Tagesrhythmus und Alltagsgestaltung mit total 32 Bewertungspunkten. In der Bedarfserfassung der Kantone Baselland und Basel-Stadt werden diese Punkte in drei Bewertungsgruppen eingeteilt. Die Nachbar Kantone kennen die Viererteilung, also ein verfeinertes und damit gerechteres System. Die Kantonale Sanitätsdirektion Baselland schrieb 1991 den Gemeinden und Heimen vor, ab 11 bis 18 Punkte einen fünfzigprozentigen Teilpflegezuschlag (zirka 2000 Franken monatlich) zu erheben. Ab 21 Bewertungspunkten bezahlt der kranke und behinderte Heimbewoh-

ner 4000 Franken monatlich, also schon den vollen Pflegeanteil, auch wenn er noch keine Vollpflege benötigt. In diesem Fall sacken Staat und Heime die Differenz zu ihren Gunsten als Sondersteuer ein. Alle Selbstzahler mit erspartem Vermögen bezahlen dadurch zu viel und versteuern dem Kanton zusätzlich ihr Einkommen und ihr Vermögen. Diese juristisch zweifelhafte Doppelbesteuerung wird von vielen betroffenen Betagten als ungerecht und anstössig empfunden. «Seniorama»

Erwartungen einer neuzeitlichen Alters- betreuung aus der Sicht der Betagten

1992 befasste sich der Schweizerische Senioren- und Rentnerverband mit der Problematik vom Qualitätsstandard der Alters-, Pflege- und Krankenhäuser. Die Fragebogen wurden weitgehend positiv beantwortet, vor allem von behördlicher Seite und anderen Trägerinstitutionen. Dabei zeigte sich, wie wenig Altersleitbilder in Gemeinden und Kantonen bestehen. Solche schriftlich formulierten Zielvorgaben sind Ausdruck dafür, dass auf der Grundlage einer aktiven, zukunftsorientierten Alterspolitik gearbeitet wird. Sie sind nötig, weil sich die politischen Parteien um die Alterspolitik zu wenig kümmern. In die Aufgaben der Betagtenbetreuung teilen sich private Organisationen, vorab die Spitexdienste, sowie die Heime. Verschiedenenorts haben sich in den letzten Jahren Betagtenheime zu Drehscheiben der Altersarbeit entwickelt. Die bisherige objektbezogene Finanzierung von Spitexdiensten und Heimen sollte durch Beiträge der öffentlichen Hand in der Form subjektbezogener Unterstützung abgelöst werden. Dadurch kann von den Leitungen der Alterszentren verlangt werden, ihre Institution selbsttragend zu führen. Damit könnte die von den Betagten gewünschte Wahlfreiheit besser gewährleistet werden: Viele Betagte wollen so lange wie

möglich zu Hause wohnen bleiben und die Spitexdienste beanspruchen können, um bei zunehmender Pflegebedürftigkeit wählen zu können, welche Art stationärer Pflege sie in welcher Institution in Anspruch nehmen wollen. Um diese Vorgaben zu ermöglichen, ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Spitexdiensten und den Heimen nötig, wozu auch griffige Leitbilder ihren Beitrag leisten.

«Seniorama»

So sehen wir bald einmal alt aus

In eher reisserischer Aufmachung versucht die Handelszeitung «Cash», die Alterspflegekosten in Heimen zu hinterfragen und für die Zukunft zu prognostizieren. Insgesamt ergibt sich ein mehr als düsteres Bild, das in der Bildlegende gipfelt: «Die Alterspflegekosten in der Schweiz explodieren: Falls die Prognosen bis 2040 stimmen, hilft nur noch beten.» Danach rät das Blatt, möglichst spät ins Altersheim zu gehen, und empfiehlt in einem Artikel auf der selben Seite die Alters-WG als besser, behaglicher und dreimal billiger und erst noch gesünder.

«Cash»

Rheinfelden AG: Altersheim Lindenstrasse, 30 Jahre.

Fischtenthal ZH: Altersheim, 100 Jahre.

Aargau

Auw: Neubau. Das 1970 erbaute Alters- und Pflegeheim Maria-Bernarda in Auw soll durch einen Um- und Ausbau den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Die Vorarbeiten werden aber noch zwei Jahre dauern.

«Aargauer Tagblatt»

Baden: Dringlich. Die dritte Baustappe des Regionalen Krankenhauses Baden ist dringlich. Eine Auslastung von 101 Prozent und eine Warteliste mit über 300 Namen geben Ausdruck für dieses Bedürfnis. Für dieses 57-Millionen-Franken-Vorhaben hat der Regierungsrat bereits einen Projektierungskredit bewilligt. «Aargauer Tagblatt»

Birr-Lupfig: Altersheimfest. Gut 30 Vereine und 1000 Helferinnen und Helfer im Einsatz liessen das Altersheimfest der vier tragenden Eigenamtgemeinden Birr, Lupfig, Scherz und Birrhard zu einem grandiosen Höhepunkt im Dorfleben werden.

«Aargauer Tagblatt»

Böttstein: Baugesuch. In Böttstein sind die Baupläne für ein Behindertenwohnheim eingereicht worden. Das erste derartige Heim in der Region Zürich liegt neben dem Arbeitszentrum in Kleindöttingen und soll 34 Plätze aufweisen. Die Baukosten sind mit 7 Millionen Franken veranschlagt. «Aargauer Tagblatt»

Döttingen: Neuorganisation. Die Pflegeabteilung des Regionalen Altersheimes unteres Aaretal in Döttingen musste neu organisiert und optimiert werden. Durch Zusammenzug der pflegebedürftigen Bewohner im zweiten Stock konnte die Arbeit des Pflegepersonals und insbesondere der Nachtwache wesentlich erleichtert werden. Die Zunahme der Zahl der Rollstuhlbewohner machte den Einbezug der Teeküche

Neue Heime

Bassersdorf ZH: Regionales Krankenhaus im Bächli.

Heimjubiläen

Aarberg BE: Altersheim, 5 Jahre.

Jona SG: Alters- und Pflegeheim Bühl, 5 Jahre.

Löhningen SH: Therapeutische Wohngemeinschaft, 10 Jahre.

Wangen SO: Männerheim Bethlehem, 10 Jahre.

Willisau LU: Wohnheim Casa Macchi, 10 Jahre.

St. Gallen: Lehrlingsheim Varnbühl, 10 Jahre.

Möhligen AG: Alters- und Pflegeheim Stadelbach, 20 Jahre.

Muri-Gümligen BE: Pflegeheim, 20 Jahre.

Auw AG: Alters- und Pflegeheim Maria-Bernarda, 25 Jahre.

als Essraum notwendig. Die intime Atmosphäre dieses Raumes wird geschätzt.

«Die Botschaft»

Menziken: Neues Projekt. Mit Verzicht auf Luxus, einem kompakteren Gebäudevolumen sowie Verzicht auf Etappierung ist es gelungen, das Menziker Projekt für ein Leichtpflegeheim auf 11,8 Millionen Franken zu drücken. Damit ist zwar der angestrebte Kostenrahmen von 10,8 Millionen Franken nicht ganz erreicht. Man rechnet mit einem Baubeginn für das 42-Betten-Heim im kommenden Juni. «Wynentaler Blatt»

Oberehrendingen: Gründung. Ein erster Schritt zum Bau eines Altersheims im Surbtal erfolgt durch die Gründung eines Altersheimvereins am 26. Oktober in Oberehrendingen.

«Aargauer Tagblatt»

Appenzell-AR

Reute: Altersheimleitbild. Ein Leitbild für das Altersheim Watt in der Gemeinde Reute soll eine optimale Führung des Heims ermöglichen. Der Gemeinderat hat sich über die Arbeit der Altersheimkommission orientieren lassen. Nebst allgemeinen Leitlinien wurden zehn konkrete Ziele für das Altersheim formuliert.

«Appenzeller Tagblatt»

Appenzell-IR

Oberegg: Zusätzlicher Beitrag. Die Standeskommission beantragt dem Grossen Rat, an den Wiederaufbau des 1994 abgebrannten Altersheims Torfnest in Oberegg einen zusätzlichen Beitrag von 150 000 Franken zu leisten.

«Appenzeller Zeitung»

Basel-Landschaft

Binningen: Aus drei mach zwei. Das Alters- und Pflegeheim Langmatten soll für 16,5 Millionen Franken ausgebaut werden. Die wichtigste Neuerung: Im Altbau will man aus 68 kleinen 43 grosse Zimmer machen. «Basellandschaftliche Zeitung»

Münchenstein: Grossvorhaben. Ein Grossvorhaben wollen die Verantwortlichen des Alters- und Pflegeheims Hofmatt in Münchenstein durchziehen. Der bestehende Bau soll saniert und umgebaut werden. An der West- und Ostseite sind zudem Anbauten geplant. Die Bettenzahl soll von 110 auf 123 steigen. Die Kosten werden auf 18,5 Millionen Franken veranschlagt. Nötig ist zudem eine Änderung der Waldbaulinie.

«Basler Zeitung»

Bern

Bern: Ballenberg-Besuch. Die 18 zum Teil schwer pflegeabhängigen Bewohnerinnen und Bewohner des Alters- und Pflegeheims Wyler, die eine Woche Ferien in Meiringen verbrachten, konnten dank eines Einsatzes einer welschen Spitalabteilung der Armee einen Besuch im Freiluftmuseum Ballenberg machen. Sprachunterschiede und Uniform waren gar kein Hindernis.

«Berner Zeitung»

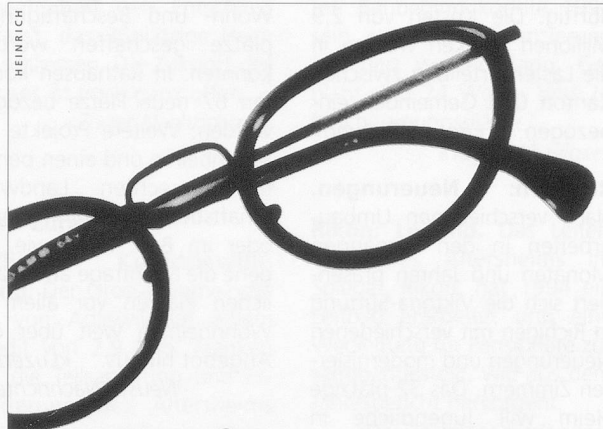
Heimberg: Schliessung. Das private Pflegeheim Lädli in Heimberg muss wegen Unterbelegung seinen Betrieb einstellen. Davon sind rund 40 Angestellte und 25 stationäre Pensionäre betroffen. Für die Pensionäre muss in den nächsten Monaten eine neue Unterkunftsmöglichkeit gesucht werden. Hauptgründe für die Unterbelegung werden in der wachsenden Konkurrenz durch die Spitex sowie in der Überführung von Pensionären aus privaten in öffentliche Heime durch die Gemeinden gesehen.

«Berner Zeitung»

Köniz: Kantonsbeitrag. Das Patientengebäude des Krankenhauses Gottesgnad in Köniz muss saniert werden. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,9 Millionen Franken. Der Regierungsrat hat einen Projektierungskredit von 75 000 Franken bewilligt.

«Berner Zeitung»

La Neuveville: Altersheim-Sanierung. Das 130jährige Altersheim Montagu in La Neuveville ist renovationsbe-



Bedürfnisgerecht auf den ersten Blick

Ihre Möglichkeiten mit DIALOG/heim zeigen wir Ihnen gerne in einer Dokumentation oder noch besser an einer unverbindlichen Vorführung. Erleben Sie, wie einfach die Anwendung ist, wie elegant die Integration zu einer umfassenden Gesamtlösung führt und wie automatisch DIALOG/heim Sie bei allen Aufgaben unterstützt. Es lohnt sich, diese neue Software-Generation im DOS, OS/2 und UNIX-Bereich genauer zu prüfen. Wer DIALOG/heim kennt, der möchte sich nicht mit Halbheiten zufrieden geben. Windows Oberfläche, MwSt integriert.

AHP Informatik AG
Schuppistrasse 13, 9016 St. Gallen
Tel. 071 35 58 58, Fax 071 35 22 12

Simultan AG
Kantonstrasse, 6246 Altishofen
Tel. 062 86 90 00, Fax 062 86 90 10

B + D AG
Wunderlistrasse 47, 8037 Zürich
Tel. 01 272 36 76, Fax 01 272 36 75

Simultan AG
Könizstrasse 60, Postfach, 3000 Bern 21
Tel. 031 380 14 14, Fax 031 380 14 10

DIALOG Center ETB AG
Baselstrasse 93-94, 4144 Arlesheim
Tel. 061 411 10 55, Fax 061 411 10 59

Simultan SA
16, place Cornavin, 1201 Genève
Tel. 022 732 49 39, Fax 022 731 61 86

IBACOM STANDARD AG
An der Halde 3, 9495 Triesen
Tel. 075 392 22 70, Fax 075 392 10 15

Simultan SA
Via al Ponte 10, 6903 Lugano
Tel. 091 57 35 35, Fax 091 56 11 55

IMTHOG AG
Parkterrasse 10, 3001 Bern
Tel. 031 311 75 15, Fax 031 312 72 50

WMC Verwaltung + Beratung AG
Röschenzerstrasse 9, 4153 Reinach
Tel. 061 711 17 17, Fax 061 711 18 86

Informationen und Referenzen erhalten Sie
direkt durch den Schweizer Hersteller
SIMULTAN AG, Altishofen (Tel. 062 86 90 00)
oder vom spezialisierten Fachhändler in
Ihrer Nähe.

zertifiziertes Qualitätssystem
SGS
ISO 9001
Reg. Nr. 11381-01

DIALOGheim

Spezifische EDV-Lösung, mit Heimleitern entwickelt

dürftig. Die Kosten von 2,9 Millionen Franken werden in die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden einbezogen. *«Berner Zeitung»*

Richigen: Neuerungen. Nach verschiedenen Umbauarbeiten in den vergangenen Monaten und Jahren präsentiert sich die Viktoria-Stiftung in Richigen mit verschiedenen Neuerungen und modernisierten Zimmern. Das 32-plätziges Heim will Jugendliche in Krisen begleiten. *«Der Bund»*

Graubünden

Masans: Bauverzug? Als eine auswärtige Firma den Zuschlag für Fassadenarbeiten am Evangelischen Pflegeheim Masans erhielt, schien noch alles bestens. Jetzt steckt diese Firma in argen Liquiditätsnöten. Noch ist offen, ob die Arbeiten ohne zeitlichen Verzug zu Ende geführt werden können.

«Bündner Tagblatt»

Luzern

Beromünster: Ausbaupläne. Am 10. September konnten die Stimmberechtigten der Bürgergemeinde Beromünster über einen Sanierungskredit von 8,5 Millionen Franken für das Alters- und Pflegeheim entscheiden. Die Vorlage wurde klar angenommen.

«Wynentaler Blatt»

Buttisholz: Neu angegangen. Die Pflegeheimfrage wird neu angegangen. In einer Projektarbeit werden zwei Gruppen von Studenten der HWV Horw unter der fachlichen Leitung ihrer Dozenten das Bedürfnis mittels Bevölkerungsumfrage klären und Finanzierung und Finanzierungsalternativen untersuchen. *«Surseer Woche»*

Luzern: Nachfrage grösser als Angebot. Die Stiftung für Schwerbehinderte schreibt in ihrem Jahresbericht 1993/94, dass mit der Eröffnung des Wohnheims in Buchrain und dem Ausbauprojekt «Wohnheime und Tagesstätten Rathausen» weitere notwendige

Wohn- und Beschäftigungsplätze geschaffen werden konnten. In Rathausen konnten 67 neue Plätze bezogen werden. Weitere Projekte für Wohnheime und einen behindertengerechten Landwirtschaftsbetrieb sind in Planung oder im Bau. Nach wie vor gehe die Nachfrage an zusätzlichen Plätzen vor allem in Wohnheimen weit über das Angebot hinaus. *«Luzerner Neuste Nachrichten»*

Luzern: Baugesuch. Den Erhalt der Baubewilligung vorausgesetzt, wird das Kinderheim Hubelmatt um- und ausgebaut. Teile dieses Projekts im Kostenvoranschlag von 3,2 Millionen Franken sind eine wärmetechnische Sanierung, eine neue Raumaufteilung, die Neugestaltung des Dachaufbaus, der Einbau eines Mehrzweckraums sowie die Verlegung des Haupteingangs. *«Schweizer Baublatt»*

Wolhusen: Abstimmung. Am 10. September fand in Wolhusen eine Gemeindeabstimmung über die Erweiterung und Erneuerung vom Alterswohn- und Pflegeheim Berghof statt. Mit einem Bruttokredit von 6,9 Millionen Franken soll das Heim 22 weitere Plätze erhalten (neu 94). Deshalb müssen auch zahlreiche weitere Bereiche vergrössert werden. Die Vorlage wurde deutlich angenommen.

«Wolhuser Bote»

Nidwalden

Stans: Baubeginn. Mit dem Bau des Behinderten-Wohnheims Weidli in Stans ist begonnen worden. Für 14,5 Millionen Franken soll ein Heim für 48 geistig und mehrfach Behinderte entstehen, welche aufgeteilt in sechs Wohngruppen wohnen werden. Das Heim soll 1997 eingeweiht werden. *«Luzerner Neuste Nachrichten»*

St. Gallen

Altstätten: Salmonelleninfektion. Das Altersheim Kirlenhof in Altstätten geriet im August in die Schlagzeilen wegen einer aufgetretenen

Salmonelleninfektion, welche in der Sommerflaute der Medien gar einen Fernsehbeitrag wert zu sein schien. Der Kantonsarzt wies richtigerweise darauf hin, dass bei grosser Hitze Salmonellenfälle fast an der Tagesordnung seien und sie auch eine sehr saubere Küche wie jene im Kirlenhof nicht hundertprozentig vermeiden könne.

«Die Ostschweiz»

Altstätten: Fraglich. Der von der Gemeinde Altstätten geplante Neubau eines Altersheims in Stadtnähe lässt sich unter Umständen nicht oder nur sehr schwer realisieren. Dieser Fall könnte dann eintreten, wenn das dem Kloster Maria Hilf angegliederte Institutsgebäude als schutzwürdig taxiert wird.

«Rheintalische Volkszeitung»

Altstätten: Bauphase. Das Wohn- und Beschäftigungsheim für Behinderte Jung-Rhy geht in die entscheidende Bauphase. Das zuletzt als Asylheim dienende ehemalige Kloster wird für rund 12,7 Millionen Franken umgebaut. Der Bezug ist auf September 1997 geplant.

«Rheintalische Volkszeitung»

Berneck: Anerkennung. Der Verband der st. gallischen Krankenkassen hat das Altersheim Berneck als Pflegeheim anerkannt. *«Die Ostschweiz»*

Kronbühl: Neubaubeginn. Im Jahresbericht des Sonderschul- und Beschäftigungswohnheims Kronbühl wird berichtet, dass mit dem Neubau voraussichtlich bereits im Januar 1996 begonnen werden könne. Ferner beurteilt der Gesamtleiter des Schulheims des Bereichsleiter-Konzept als positiv.

«St. Galler Tagblatt»

Niederuzwil: Mehrkosten. Jetzt liegt die definitive Bauabrechnung für das Alters- und Pflegeheim Sonnmatt in Niederuzwil vor. Während das Altersheim im Kostenrahmen blieb, betragen die Mehraufwendungen für das Pflegeheim rund 1,7 Millionen Franken. Die beträchtlichen

Mehrkosten sind zum grossen Teil durch Mehrleistungen ausgeglichen.

«Der Volksfreund»

Rorschach: Staatsbeitrag. Die St. Galler Kantonsregierung hat an den Zweckverband Pflegeheim der Region Rorschach einem Staatsbeitrag von 1,2 Millionen Franken zugestimmt. Das Pflegeheim Rorschach soll zum Teil saniert und mit einem Anbau erweitert werden.

«Rorschacher Zeitung»

St. Gallen: Heim für Aids- kranke. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen vertritt die Meinung, dass im Kanton zwar ein Bedarf an Pflegeplätzen für Aidspatienten vorhanden sei, ein Pflegeheim aber auf privater Basis erstellt werden soll. Während die zuständige Kommission ein Heim mit 12 Plätzen vorschlägt, will eine private Trägerschaft ein solches mit 16 Plätzen errichten.

«Schweiz.

Depeschenagentur»

St. Gallen: Einweihung. In St. Gallen konnte das erneuerte Alters- und Pflegeheim Lindenhof mit einer festlichen Feier seiner Bestimmung übergeben werden. Mehr als 1000 Personen besuchten das Heim an diesen Tagen. In das 111-Betten-Heim waren 23 Millionen Franken investiert worden.

«Die Ostschweiz»

Schaffhausen

Schaffhausen: Verabschiedet. Der Grosse Rat hat die Beratung über das Altersbetreuungs- und Pflegegesetz abgeschlossen und das Gesetz einstimmig verabschiedet. Es sieht unter anderem eine Subventionskürzung des Kantons an den Bau oder Umbau von kommunalen Altersheimen von 35 auf 30 Prozent vor.

«Schaffhauser AZ»

Solothurn

Gerlafingen: Tagesheim. In Gerlafingen hat der Verein Tagesheim Chinderland ein Tagesheim eingerichtet. Es kann 6 bis 8 Kinder aufnehmen.

«Solothurner Zeitung»

Solothurn: Projekt. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Solothurn hat ein neues Beschäftigungsprojekt ins Leben gerufen. Erwerbslose Personen, die sich für einen Beruf im Pflege- und Betreuungsbereich interessieren, können ein halbjähriges Praktikum in einem solothurnischen Alters- und Pflegeheim absolvieren. Am Projekt sind 19 Heime beteiligt.

«Oltner Tagblatt»

Wangen: Beitrag. Das Alters- und Pflegeheim Marienheim in Wangen erhält einen Staatsbeitrag von 4,6 Millionen Franken an sein Ausbauprojekt.

«Solothurner Zeitung»

Wangen: Abschluss. Das Wohnheim Bethlehem in Wangen hat doppelten Grund zum Feiern. Das Heim besteht in der jetzigen Form seit zehn Jahren. Zudem wird bald die erste Umbauetappe abgeschlossen. Das Heim wird dann auch für Frauen offenstehen.

«Solothurner Zeitung»

Tessin

Mendrisio: Kreditzusage. Auf 6 Mio. Franken beläuft sich der Betrag, den die Gemeinde Mendrisio einer Stiftung für den Bau des Alterspflegeheims Torriani leisten will. Die Gemeinde stellt zudem das Baugelände für das 32-Betten-Projekt neben dem bestehenden Altersheim gratis zur Verfügung.

«Schweizer Baublatt»

Thurgau

Frauenfeld: Neues Gesetz. Errichtung und Betrieb von Heimen sind neu bewilligungspflichtig, und der Kanton kann Gemeinden Beiträge für die Finanzierung stationärer Heimaufenthalte gewähren. Dies sind die Kernpunkte der Revision des thurgauischen Sozialhilfegesetzes. Es trat am 1. Oktober in Kraft. Der Kanton kann nun unter gewissen Bedingungen bei entsprechenden Heimvereinbarungen Restdefizite über-

nehmen, womit Plazierungen in thurgauischen und ausserkantonalen Heimen gleichgestellt sind. Bei der Heimaufsicht wird künftig die Standortgemeinde in das Bewilligungsverfahren einbezogen.

«Bodensee-Zeitung»

Weinfelden: Bewährt. Die neue Organisationsstruktur des Friedheims Weinfelden, einer Sonderschule für praktisch bildungsfähige, gewöhnungsfähige und mehrfach behinderte Kinder sowie Wohn- und Beschäftigungsstation für erwachsene Invalide, bewährt sich. Dies war an der Jahresversammlung der Stiftung zu erfahren.

«Bodensee-Zeitung»

Waadt

Territet: Verkauf. 82 Jahre alt, eine behinderte Tochter und die Angst zu sterben, bevor er sein Projekt realisieren kann: Der Maler Victor Ruzo will alle seine Werke verkaufen, um die Finanzierung eines Behindertenheims zu ermöglichen.

«L'illustré»

Zug

Baar: Einweihung. Mit einem Festakt wurde das bereits im Frühjahr bezogene zweite Baarer Altersheim Martinspark offiziell seiner Bestimmung übergeben.

«Zuger Zeitung»

Menzingen: Ausflug. Die Jugendgruppe Shalom aus Oberägeri hat 20 auf den Rollstuhl angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner des Kranken- und Pflegeheims Luegeten in Menzingen einen Ausflug nach Finstersee ermöglicht.

«Zuger Nachrichten»

Zug: Schliessung: Ein fehlender Lift, ungenügende sanitäre Einrichtungen, eine anstehende Sanierung hatten in den letzten Jahren zu einer immer schlechteren Auslastung des Zuger Altersheims Marienheim geführt, dies, obwohl in der Stadt mindestens 70 Altersheimplätze fehlen. Nun hat die besitzende Ge-

nossenschaft den Entschluss gefasst, das 35plätziges Heim zu schliessen. Die Zukunft des Hauses ist noch ganz offen.

«Zuger Nachrichten»

Zürich

Adliswil: Kreditbewilligung. Der Grosse Gemeinderat von Adliswil hat einem Kredit von 2,9 Mio. Franken für die Teilsanierung und Erweiterung des Altersheims ohne Gegenstimmen zugestimmt. Zustimmung fand auch ein 3,6-Millionen-Kredit für die Sanierung der Alterssiedlung Thal. Die Kredite müssen noch vor das Volk.

«Neue Zürcher Zeitung»

Bassersdorf: Betriebsaufnahme. Anfangs September öffnete das neue erstellte regionale Krankenhaus im Bächli in Bassersdorf mit 30 Betten seine erste Pflegestation.

«Zürcher Unterländer»

Dielsdorf: Zweites Unwetter. Nach einer ersten Überschwemmung im Juli hatte das Cerebralgelähmtenheim Dielsdorf Mitte August gleich noch ein zweites Unwetter zu bewältigen, das die eben geräumten und wieder hergerichteten Räume gleich nochmals verwüstete und 40 Zentimeter hoch mit Schlamm eindeckte.

«Badener Tagblatt»

Fischenthal: Einweihung. Mit einem zweitägigen Dorffest und tatkräftig unterstützt von Vereinen und Institutionen wurde in Fischenthal das erweiterte und gründlich sanierte Altersheim Geeren eingeweiht.

«Der Zürcher Oberländer»

Grünigen: Wettbewerb: Die Zürcher Stiftung zur Förderung geistig Invalider will in der Binziker Niederwiese ein Behindertenheim bauen. Sie hat zu diesem Zweck mit der katholischen Kirchgemeinde Hombrechtikon einen Bauvertragsvertrag abgeschlossen und einen Architekturwettbewerb durchgeführt. Diesen hat der Zürcher Martin Spühler gewonnen. Das Projekt wird jetzt weiterbearbei-

tet. Baubeginn könnte 1997 sein, wenn die Finanzierung gesichert werden kann. Geplant sind 24 Wohn- und 28 Beschäftigungsplätze.

«Tages-Anzeiger»

Rikon: Leitbild. Das Leiterteam des Altersheims im Spiegel, Rikon, hat 1994 ein Leitbild erarbeitet und eine Wegleitung für Pensionäre zusammengestellt, wie aus dem Jahresbericht hervorgeht.

«Der Zürcher Oberländer»

Stallikon: Baubeginn. Nach der Zusage der notwendigen Beiträge von Kanton und Bund kann das Wohnheim Loomatt für erwachsene Behinderte in Stallikon mit den Bauarbeiten beginnen. Das Wohnheim soll Ende 1996 eröffnet werden und 30 Plätze bieten.

«Pressedienst»

Schlieren: Proteste. Das Altersheim Sandbühl scheint zum Exerzierplatz für einen bestimmten Schlieremer Stil im Umgang mit dem Volk zu werden: Nach den dubiosen Entlassungen von Oberschwester und Verwalter innert Jahresfrist werden Klagen der Betagten laut. Ihr Vertreter, ein langjähriger Lokalpolitiker, tritt als Präsident der Pensionärskommission zurück, weil deren Mitspracherecht bloss auf dem Papier bestehe. Jüngstes Beispiel: kostspielige und unsinnige Badezimmerumbauten – ungeachtet von Einwänden und Verbesserungsvorschlägen der Pensionäre.

«Limmat-Zeitung»

Winterthur: Blockiert. Ende Juni stimmte das Volk dem Umbau des Altersheims Neumarkt zu. Weil Rekurse hängig sind, kann trotzdem nicht gebaut werden. Unterdessen hat die Stadt Verhandlungen mit dem Heimatschutz aufgenommen, um einen Rekursrückzug zu erreichen. Bemerkenswertes Zwischenergebnis: die Sektion Winterthur des Heimatschutzes würde einlenken, doch der Kantonalverband, der das Sagen hat, zögert.

«Der Landbote» ■